

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 22.01.2018

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß
Ratsherr Sebastian Wagemeyer

Vertreter für Ratsherrn Jan Eggermann

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsfrau Britta Rogalske
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin

Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack

Herr Sven Haarhaus

Herr Frank Kuscharmirtz

Herr Christian Hayer

anwesend bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung

Herr Andreas Hein

anwesend ab 17.40 Uhr bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Herr Dieter Rotter

anwesend bis einschließlich Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung

Frau Martina Pabst

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Brigitte Linnepe

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Herr Lothar Matzner

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Christina Padovano, Personalrat

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Herr Hartmut Fellenberg, Personalrat

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Frau Christin Spangenberg, Personalrat

anwesend bis zum Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 18:35 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Stellenplanangelegenheiten

2.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.01.2018; Einrichtung der unbefristeten Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten

durch die Stadt Lüdenscheid

Nach Vortrag durch Ratsherrn Bodenheimer teilen die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen SPD, Die Linke. und FDP mit, dass sie dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zustimmen werden.

In der sich anschließenden Erörterung teilt Ratsherr Fröhling mit, dass die CDU-Fraktion der Einrichtung der unbefristeten Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten nicht mittragen werde.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt bei fünf Gegenstimmen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung des Ratsherrn Weiß folgenden

Beschluss:

Die unbefristete Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten durch die Stadt Lüdenscheid wird eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	1

2.2. **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.01.2018; Einrichtung einer auf drei Jahre befristeten Vollzeitstelle zur Erarbeitung eines strategischen und systematischen Personalentwicklungsplans für die Stadtverwaltung Lüdenscheid**

Ratsherr Voß begründet zunächst noch einmal den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

In der sich anschließenden Diskussion teilt Ratsherr Fröhling unter anderem mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag grundsätzlich zustimmen könne. Der heute als Tischvorlage vorgelegte Antrag möge aber bis zur Sitzung des Rates am 05.02.2018 zurückgestellt werden, um seiner Fraktion die Möglichkeit zur Beratung zu geben.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler schlägt als Kompromissvorschlag vor, in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen und – sollte sich in der Sitzung des Rates am 05.02.2018 keine Mehrheit für die Einrichtung dieser Stelle finden – diese mit einem Sperrvermerk zu versehen. Diese Vorgehensweise ermögliche der Verwaltung den rechtzeitigen Abschluss der Beratungs- und Beschlussunterlagen zum Haushalt.

Ratsherr Fröhling stimmt diesem Vorschlag mit dem Hinweis zu, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung auch enthalten könne, da sie den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 nicht mittragen würde.

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei sechs Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion nachstehenden

Beschluss:

Eine auf drei Jahre befristete Vollzeitstelle zur Erarbeitung eines strategischen und systematischen Personalentwicklungsplans für die Stadtverwaltung wird schnellstmöglich eingerichtet und besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Enthaltungen:	6

2.3. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 / 1. Ergänzung Vorlage: 216/2017/1

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 nicht zustimmen werde. Zu begründen sei dies unter anderem damit, dass die in den vergangenen Jahren auch von der Politik geforderten Sparbemühungen nicht erkennbar seien. Eine Gegenüberstellung der neuen/ausgeweiteten Stellen zu den reduzierten Stellen würden über 47 zusätzliche neue Stellen ergeben. Auch bei der bekannten problematischen Situation in manchen Bereichen sowie dem Mangel an Fachkräften sei diese Anzahl neuer Stellen nicht zu vermitteln. Es entstünde der Eindruck, dass aufgrund der besseren Haushaltslage nun den Personalforderungen aus den einzelnen Fachbereichen nachgegeben würde.

Ratsherr Voß führt aus, dass die SPD-Fraktion den Stellenplan mittragen werde. Die Begründungen für die neuen Stellen seien aus ihrer Sicht stichhaltig. Viele Bereiche in der Stadtverwaltung seien personell mittlerweile so ausgedünnt, dass die dortigen Mitarbeiter/-innen über ihre Belastungsgrenzen kämen. Auch der Rat der Stadt Lüdenscheid trage gegenüber dem städtischen Personal Verantwortung und müsse in diesen Fällen entsprechend reagieren.

Die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke teilen mit, dass sie dem Stellenplan 2018 zustimmen werden.

Ratsherr Holzrichter führt unter anderem aus, dass bereits in den vorangegangenen Ausschuss-Sitzungen 32 von den insgesamt 45 neuen Stellen für die Bereiche Feuerwehr und Kindertageseinrichtungen einvernehmlich geschaffen worden seien.

Für die FDP-Fraktion sei der Stellenplan 2018 nachvollziehbar und fände daher auch ihre Zustimmung.

Darüber hinaus begrüße die FDP-Fraktion die vorgenommene Umstellung, dass nun auch die befristeten Stellen im Haushaltsplan aufgeführt seien und für Transparenz gesorgt hätten.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler weist unter anderem darauf hin, dass, wie auch in der Vorlage aufgeführt, Zeitverträge von 9,77 Planstellen ausgewiesen würden. Diese Planstellen seien bereits vorhanden gewesen. Die Zeitverträge betreffen die unterschiedlichsten Bereiche und reichten von der Einstellung einer wissenschaftlichen Hilfskraft für das Museum bis zu zahlreichen Schwangerschaftsvertretungen, insbesondere im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Früher seien diese befristeten Stellen nicht im

Stellenplan, sondern bei den Sachkosten ausgewiesen worden. Insofern habe sich hinsichtlich der finanziellen Belastung und der Anzahl der Stellen in diesen Bereichen nichts geändert.

Des Weiteren würden nun auch die im Überhang beschäftigten Personen, wie beispielsweise im Bereich Kindergartenbeitragsstelle, aufgeführt.

Explizit wolle er auch auf die Beschlussfassung zur personellen Besetzung der zehnten Funktion im Brandschutz hinweisen. Hierfür seien aufgrund einer konkreten Gefährdungsbeurteilung fünf Planstellen geschaffen worden. Weitere vier bis fünf Planstellen seien aufgrund der Neukalkulation des Personalbedarfes bei der Feuer- und Rettungswache erforderlich geworden. Des Weiteren hätten sich aufgrund der Einführung des Berufsbildes des Notfall-sanitäters die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Ausbildung geändert. Auch hierfür hätten vier neue Planstellen eingerichtet werden müssen.

Abschließend wolle er auf den Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen eingehen. Hier gebe es eine wesentliche Ausweitung des Angebotes bei einem gesetzlich vorge-schriebenen Personalschlüssel. Darüber hinaus seien zahlreiche Mitarbeiter/-innen in der Vergangenheit, zum Teil als Schwangerschaftsvertretungen, zeitlich befristet beschäftigt worden. Dies habe dazu geführt, dass diese Mitarbeiter/-innen sich auf unbefristete Stellen beworben und bei der Stadt Lüdenscheid gekündigt hätten. Der Personalrat würde sich seit vielen Jahren gegen diese Zeitverträge aussprechen und Planungssicherheit für die Beschäftigten fordern. Um als Stadt Lüdenscheid wettbewerbsfähig zu bleiben, sei die Einrichtung von Planstellen dringend erforderlich geworden.

Ratsherr Fröhling erkundigt sich, wie viele Überlastungsanzeigen insgesamt im Jahr 2017 eingegangen seien. Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler sagt zu, diese Zahl nachzureichen.

In der weiteren Aussprache weist Bürgermeister Dzewas unter anderem darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid aufgrund des Fachkräftemangels zukünftig gegebenenfalls auch andere Ausbildungsformen, wie zum Beispiel das duale Studium, anbieten müsse.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler weist darauf hin, dass die zuvor vom Hauptausschuss mit Stimmenmehrheit empfohlenen Anträge „Einrichtung der unbefristeten Stelle einer/eines Klimaschutzbeauftragten durch die Stadt Lüdenscheid“ und „Einrichtung einer auf drei Jahre befristeten Vollzeitstelle zur Erarbeitung eines strategischen und -systematischen Personalentwicklungsplans für die Stadtverwaltung Lüdenscheid“ in den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 aufgenommen würden.

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid bei sechs Gegenstimmen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	6

**3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018
(einschließlich Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 279/2017**

Ratsherr Voß stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, die Position 42a „Weitere Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder von 46 auf 44 nach der nächsten Kommunalwahl 2020“ des Haushaltssicherungskonzeptes aufgrund der sich deutlich verbesserten Einnahmesituation zu streichen.

Ratsherr Fröhling teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion diesem Antrag anschließen könne.

Bürgermeister Dzewas lässt über den Antrag gesondert abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid stimmt bei einer Gegenstimme von Bürgermeister Dzewas dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 1

Anschließend empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Thomas-Lienkämper folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 sowie das Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 in der für 2018 fortgeschriebenen Fassung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 1

**4. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 18.01.2018;
Verzicht auf Steuererhöhungen**

Ratsherr Holzrichter trägt Einzelheiten zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag anschließen werde. Die CDU-Fraktion habe über dieses Thema bereits im Rahmen ihrer Haushaltsklausuren im November 2017 mit dem Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler diskutiert. Aufgrund dieser Diskussion habe die CDU-Fraktion dann von einer Antragstellung abgesehen.

Ratsfrau Meyer erkundigt sich, ob der Erste Beigeordnete und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler in seinen Ausführungen auch auf die zurzeit stattfindende Überprüfung der derzeitigen Form der Grundsteuererhebung durch das Bundesverfassungsgericht eingehen könne.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler teilt hierzu mit, dass man von Spekulationen absehen und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abwarten sollte. Eine Einschätzung sei aufgrund der zurzeit angedachten verschiedenen Modelle zur Neufassung der Grundsteuergesetzgebung nicht möglich.

Des Weiteren führt Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler aus, dass er sich in seiner Haushaltsrede zu der Problematik der hohen Steuersätze im interkommunalen Vergleich deutlich geäußert habe.

Er habe in seiner Rede unter anderem die Perspektive aufgezeigt, langfristig über Steuersenkungen zu sprechen, wenn die Kassenkredite abgebaut seien. Hier sehe er ansonsten bei zukünftigen Zinserhöhungen ein hohes Risiko.

Die Stadt Lüdenscheid sei nun zwar mit den Jahresergebnissen aus dem roten Bereich, das Eigenkapital habe sich aber durch die jahrelangen Defizithaushalte um über 100 Millionen Euro vermindert. Er persönlich sei ein großer Anhänger der intergenerativen Gerechtigkeit. Jede Generation solle nur so viel ausgeben, wie sie auch einnehme. Trotz des guten Ergebnisses des Haushaltsjahres 2016 und des ähnlich zu erwartenden für das Jahr 2017 und hoffentlich auch für 2018 sei es noch ein sehr weiter Weg, den Ursprungsbestand an Eigenkapital, der zu Beginn des NKF vorhanden gewesen sei, wieder herzustellen. Darüber hinaus wolle er an die anstehenden Investitionsprojekte (Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr, Neubau einer Haupt- und Rettungswache) erinnern, deren Finanzierung in zweistelliger Millionenhöhe noch nicht geklärt sei.

Abschließend weise er darauf hin, dass das Thema „Steuererhöhungen“ bei allen Fraktionen, an deren Sitzungen er teilgenommen habe, sehr intensiv und fair diskutiert worden sei. Auch habe er Verständnis für den Antrag, weil dieser mit früheren Aussagen aus der Politik im Einklang stehe. Er wolle aber trotzdem dafür werben, die Vorsorge für schlechte Zeiten und die intergenerative Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

Bürgermeister Dzewas lässt im Anschluss über den Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei zwei Stimmenthaltungen von Bürgermeister Dzewas und Ratsherrn Thomas-Lienkämper folgenden

Beschluss:

Der Rat strebt an, auf die bereits beschlossenen Hebesatzerhöhungen bei Gewerbesteuer und Grundsteuer B zum 01.01.2019 zu verzichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen eines solchen Erhöhungsverzichts in der Ratssitzung am 05.03.2018 aufzuzeigen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, in der Ratssitzung am 09.07.2018 über die aktuelle Haushaltsentwicklung, insbesondere hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens zu berichten. Dabei soll auch eine Einschätzung abgegeben werden, inwieweit ein Verzicht auf die für 2019 vorgesehenen Hebesatzerhöhungen umgesetzt werden kann, ohne die Vorgaben und Anforderungen des Haushaltssicherungskonzeptes zu gefährden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Enthaltungen: 2

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

5.2. Beantwortung von Anfragen

5.2.1. Einstellung des Busverkehrs durch die MVG

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Breucker in der öffentlichen Sitzung des Rates am 11.12.2017 bezüglich der Einstellung des Busverkehrs durch die MVG ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

5.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

gez. D. Dzewas
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin